GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Umweltgruppe Cottbus e.V.

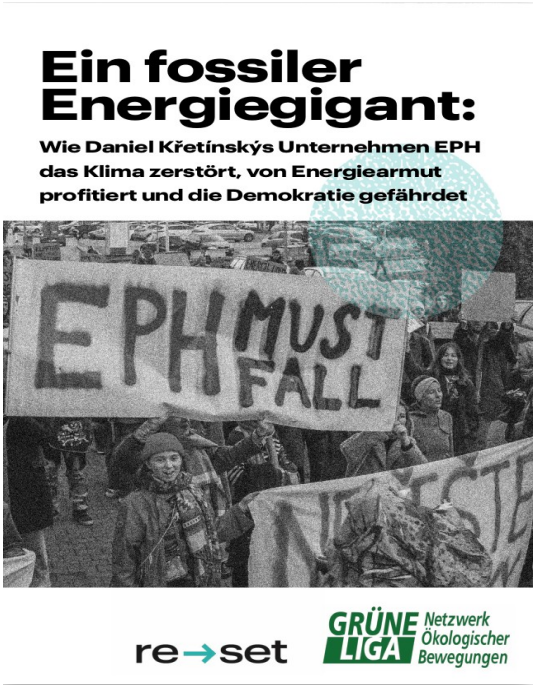
Bundeskontaktstelle
Braunkohle
des Netzwerkes
GRÜNE LIGA

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

24. Juli 2023

1. NGO-Bericht enthüllt die Geschäfte des Mutterkonzerns der Lausitzer Braunkohle
2. Bergschäden in Tauer – Schlichtungsstelle abgeschafft
3. Tagebau Welzow-Süd: Dichtwandbau wegen Havarie für neun Monate unterbrochen
4. Cottbuser Seeufer Mitte Mai erneut gerutscht



1. NGO-Bericht enthüllt die Geschäfte des Mutterkonzerns der Lausitzer Braunkohle - Aufspaltung und Insolvenz der LEAG befürchtet

(ausführlicher Bericht dazu auch in taz erschienen)

Cottbus, 20.07.2023. Das Umweltnetzwerk Grüne Liga veröffentlicht den Bericht "Ein fossiler Energiegigant: Wie Daniel Křetínskýs Unternehmen EPH das Klima zerstört, von Energiearmut profitiert und die Demokratie gefährdet" über den tschechischen Mutterkonzern des Braunkohleunternehmens LEAG. Der Bericht wirft fundamentale Fragen über die Zukunftsfähigkeit des Lausitzer Energiekonzerns auf. So drohe eine Aufspaltung der LEAG und Insolvenz der Tagebausparte bis Ende der 20er Jahre. Das hätte zur Folge, dass die die jeweiligen Bundesländer die Folgekosten der Braunkohle in Milliardenhöhe tragen müssen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck verhandelt derzeit offenbar mit dem Energiekonzern über ein Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030. Die Grüne Liga fordert Habeck dazu auf, die vollständige Rechnung über die Folgekosten der Tagebaue aufzumachen, statt gutgläubig weitere Fördermittel an den Konzern auszureichen.
"Es ist höchste Zeit, dass die europaweiten Geschäfte und Verflechtungen von EPH auch in Deutschland breit wahrgenommen werden. In Gestalt von LEAG oder EPNE mischt der Konzern hierzulande nicht nur energiewirtschaftlich mit, er nimmt auch Einfluss auf die Politik und versucht umfangreiche öffentliche Gelder zu erhalten. Wir konnten eine ausführliche Recherche aus Tschechien für einen Bericht in deutscher Sprache aufbereiten, der vielen die Augen öffnen dürfte." sagt René Schuster vom Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA.

Umweltgruppe Cottbus e.V.	**Internet**	**Telefon**	**Spendenkonto**
Projektbüro:	www.kein-tagebau.de		GLS Bank
Straße der Jugend 33	**E-Mail**	+49 (0151) 14420487	BIC: GENODEM1GLS
D-03050 Cottbus	umweltgruppe@kein-tagebau.de		IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

Die europaweite Recherche legt die besondere Rolle von russischem Erdgas für das Wachstum von EPH ebenso offen, wie deren Einfluss auf Regierungen und ihre Investments in den Abfallsektor und in Medienhäuser.
In Deutschland verfolge der Investor bereits seit der Übernahme der LEAG im Jahr 2016 das Ziel, am sogenannten goldenen Ende der Kohleverstromung Geld zu verdienen. Die EPH spekuliere insbesondere auf staatliche Gelder zur Entschädigung des klimapolitisch notwendigen früheren Kohleausstiegs. Mit Blick auf Studien, die einen CO2-Preis getriebenen Kohleausstieg Ende der 20er Jahre prognositizieren, halten die Autoren eine Abspaltung des ostdeutschen Kohlegeschäftes von den neuen Geschäftsfeldern mit anschließender Insolvenz des Tagebaubetreibers für das wahrscheinlichste Szenario.
"Wenn jetzt nicht die Weichen gestellt werden, wird am Schluss die Steuerzahler für die Beseitigung der Schäden aufkommen müssen, während die möglichen Gewinne einer GigaWattFactory ins Ausland abfließen. " sagt Schuster
Der nun veröffentlichte Bericht ist eine deutschsprachige Weiterentwicklung eines Reports der tschechischen Plattform Re-Set über den Großinvestor EPH, der im Wesentlichen durch eine Kontextualisierung über den ostdeutschen Kohlekonzern LEAG ergänzt wurde.
Hier gibt es den vollständigen Bericht (pdf, 35 MB)

2. Bergschäden in Tauer – Schlichtungsstelle abgeschafft

Die Lausitzer Rundschau vom 15. Juli berichtet von einer Begehung, bei der umfangreiche Bergschäden an der Kirche des Ortes Tauer (Turjej) festgestellt wurden. Fotos zeigen dabei deutliche Risse in der Wand der Dorfkirche. Betroffen sind auch mehrere Privathäuser und der Feuerwehrturm. Zugleich wurde bekannt, dass die Landesregierung die Schlichtungsstelle für Bergschäden zum Ende des Jahres 2022 abgeschafft hat. Nicht einmal die bestellten Beisitzer wurden darüber informiert.
Bergschäden in Tauer wurden lange Zeit mit der Begründung ausgeschlossen, die Laßzinswiesen zwischen Tagebau und Dorf würden ja durch Wassereinleitungen feucht gehalten, so dass sich die Grundwasserabsenkung dahinter nicht auswirken könnte. Doch seit mehreren Jahren zeigen Monitoringberichte wie Pegeldaten, dass zwar die Gräben mit Wasser gefüllt werden, die flächenhafte Absenkung der Wasserstände aber längst sowohl die Wiesen als auch den Ort erfasst hat. Auf Böden mit viel Torfanteil führt Austrocknung zu besonders starken und ungleichmäßigen Sackungen. Bisherige private Bergschadensanträge aus Tauer wurden von der LEAG jedoch ohne Begründung abgelehnt.
Um solche Fälle nicht vor Gericht klären zu müssen, war im Jahr 2019 auf Initiative von Lausitzer Landtagsabgeordneten eine Schlichtungsstelle geschaffen worden. Die Schlichtungsordnung war dabei restriktiv zu Ungunsten der Betroffenen ausgestaltet, weil sie auf die Zustimmung des Bergbauunternehmens angewiesen war. Auch Öffentlichkeitsarbeit für die Schlichtung fand kaum statt. Vor diesem Hintergrund verwundert die geringe Anzahl der behandelten Fälle kaum, die nun als Begründung für die Einstellung der Schlichtungsstelle herhalten muss. Nur zwei von 23 Antragstellenden wurde durch Schlichtungen tatsächlich geholfen, wie der RBB berichtet. Absurd daran: Selbst die Beisitzer erfuhren erst im Juli 2023, dass die Schlichtungsstelle zum Ende Dezember 2022 eingestellt wurde.

3. Tagebau Welzow-Süd: Dichtwandbau wegen Havarie für neun Monate unterbrochen

Schon am 18. Januar kam es im Tagebau Welzow-Süd zu einer Havarie der Dichtwandbaustelle. Die Schlitzfräse, die hier eine senkrechte Tonschicht in die Erde einbringt, um den Wasserzustrom aus den südlich angrenzenden Bergbauseen zum Tagebau zu begrenzen, stieß offenbar auf einen eiszeitlichen Steinbrocken im Untergrund. Erst im September soll die die Maschine wieder einsatzbereit sein und die zu zwei Dritteln fertige Wand weiter gebaut werden, informierte das brandenburgische Wirtschaftsministerium auf Anfrage der Landtagsabgeordneten Isabell Hiekel (Bündnis90/Die Grünen.) Die auf den ersten Blick unscheinbare Havariemeldung ist nicht ohne Brisanz:

Der Verlauf der Dichtwand in der geologischen Störung „Bluno-Bahnsdorfer Rinne“ dürfte solche Havarien begünstigen. Er ist bis heute umstritten, weil er auch große Gebiet vom Grundwasser abschneidet, die gar nicht abgebaggert werden dürfen.
Verzögert sich die Dichtwandbau strömt mehr Wasser aus den gefluteten älteren Tagebauen (Seenkette) zum Tagebau Welzow, muss dort abgepumpt werden und steht dem Kraftwerk Schwarze Pumpe als Kühlwasser zur Verfügung. Ob es die LEAG da wirklich immer eilig mit Weiterbauen hat, ist kaum nachprüfbar.
Zum Schutz der Spree ist von der LMBV eine weitere Dichtwand südlich von Spremberg geplant. Ob man sich für deren schnellstmögliche Herstellung wirklich auf die Nutzung der jetzt in Welzow-Süd arbeitenden Geräte der LEAG festlegen kann, muss angesichts der dortigen Verzögerungen wohl hinterfragt werden.

4. Cottbuser Seeufer Mitte Mai erneut gerutscht

Etwas verspätet reichen wir die folgende Meldung nach: Schon am 1. Juni hatte die LEAG in einer Pressemitteilung über eine erneute Rutschung am Tagebau Cottbus-Nord („Cottbuser Ostsee“) informiert: „Der für diesen Sommer angekündigte Beginn der Sanierungsarbeiten im Bereich des Schlichower Damms muss (...) verschoben werden. Grund ist eine neue Mitte Mai aufgetretene Rutschung rund 400 Meter nordwestlich des bereits im Jahr 2022 durch Rutschungen geprägten Uferbereichs seeseitig des Schlichower Damms.“ Die Rutschung „mit einer Breite von 40 Meter und einer Rückgriffweite von 20 Metern in das Uferprofil“ liege im ohnehin schon gesperrten Bereich. Man werde sich umgehend der Klärung der Ursache widmen.